

LUTZ POHLE

NEUE RUNDE IM KONFLIKT UM DAS SÜDCHINESISCHE MEER

**CHINA VERSUCHT, GEOSTRATEGISCHE POSITIONEN IM WETTBEWERB
MIT DEN USA ZU SICHERN**

Der internationale Schiedsgerichtshof in Den Haag hat am 12. Juli 2016 entschieden, dass Chinas Ansprüche auf die umstrittenen Inselgruppen im Südchinesischen Meer «keine historische Grundlage» haben.¹ Die chinesische Regierung hat das Urteil umgehend zurückgewiesen und erklärt, dass das Schiedsgericht in Den Haag nicht zuständig und der Schiedsspruch daher nicht bindend sei. Diese Haltung verstößt nicht nur gegen multilaterale Vereinbarungen und internationales Recht, sondern verweist zudem auf die modifizierte außenpolitische Strategie des Landes: Seit dem Amtsantritt von Präsident Xi Jinping 2013 verfolgt China eine proaktive Außenpolitik zur Durchsetzung außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Interessen in der Region und weltweit. Da durch das Südchinesische Meer wichtige Handelsrouten zwischen Fernost und Europa verlaufen, kann sich der Konflikt herd auch destabilisierend auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland auswirken, wenn der Streit eskaliert.

Angerufen hatte das Haager Gericht im Jahr 2013 die philippinische Regierung, um sich gegen das zunehmend aggressive Vorgehen Chinas im Südchinesischen Meer zu wehren. Mit dem Urteil geht der Streit nun in eine neue Runde. Erstmals in der langen Geschichte der Auseinandersetzungen um das wichtige Seegebiet im Süden Chinas liegt jetzt der Spruch eines anerkannten internationalen Gerichts vor, der die Grundlage für neue Gespräche und Verhandlungen über territoriale, wirtschaftliche und maritime Rechte in der umstrittenen Region bilden könnte.² Aber der wichtigste Verhandlungspartner mauert: China spricht dem international besetzten Schiedsgericht pauschal jedes Recht ab, in dem Streit zu urteilen. Es fordert direkte bilaterale Gespräche mit den streitenden Parteien. Gleichzeitig hat das Gericht in Den Haag keine Mittel, seinen Beschluss durchzusetzen.

Für den Konflikt im Südchinesischen Meer bedeutet das, dass eine schnelle Lösung nicht wahrscheinlich ist. Für China ist die Sicherung seiner Interessen im Südchinesischen Meer ein Eckpfeiler seiner regionalen Großmachtstrategie. Die sich überlappenden Interessen der Anliegerstaaten ermöglichen es China immer wieder, diese gegeneinander auszuspielen (siehe Karte).

Worum geht es im Südchinesischen Meer?

Das Seegebiet im Süden Chinas ist rund drei Millionen Quadratkilometer groß und erstreckt sich von der Südküste Chi-

nas in Richtung Westen bis an die Küsten Vietnams. Im Süden grenzt es an Malaysia, Indonesien und Brunei, im Osten an die Philippinen und Taiwan. In dem Gebiet liegen zwei große Inselgruppen, die Paracel- und die Spratley-Inseln (chinesisch: Xisha- und Nansha-Inseln). Diese Inseln sind über ein riesiges Gebiet von jeweils mehreren Hundert Quadratkilometern verstreut. Sie bestehen allerdings zu großen Teilen aus unbewohnten bzw. unbewohnbaren Sandbänken, Felsen und Riffs. Bereits in der Vergangenheit haben verschiedene Anrainerstaaten je nach wirtschaftlicher und militärischer Potenz einzelne größere Inseln besetzt, militärische Anlagen gebaut und wirtschaftliche Stützpunkte, etwa für den Fischfang, errichtet.

Durch das Südchinesische Meer führen wichtige internationale Handelswege. Nach Schätzungen passiert etwa ein Drittel oder gar die Hälfte aller weltweit gehandelten Waren dieses Gebiet auf dem Weg zwischen Fernost und Europa, Afrika sowie dem Nahen Osten. Mehr als 60.000 Schiffe mit Handelsware im Wert von über 5,3 Billionen US-Dollar (davon 1,2 Billionen aus dem US-Handel sowie ein beträchtlicher Teil aus dem europäischen und dem deutschen Außenhandel) durchqueren jährlich das Südchinesische Meer. China bezieht mehr als 80 Prozent seines Rohölbedarfs über Schifffahrtswege durch das Südchinesische Meer, Japan zu 60 Prozent, Südkorea zu 66 Prozent. Für alle Anrainerstaaten hat es zudem seit Jahrhunderten eine große wirtschaftliche Bedeutung als Fischfanggebiet. In jüngster Zeit haben spek-

takuläre Daten über vermutete Rohstoffvorkommen im Südchinesischen Meeres das Interesse an dem Gebiet weiter verstärkt. Der staatliche Ölkonzern China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) vermutet 125 Milliarden Barrel Öl unter dem Boden des Südchinesischen Meeres.³ Verschiedentlich hört man bereits den Begriff «Neuer Persischer Golf» im Zusammenhang mit den dort vermuteten Öl- und Gasreserven, die eine wichtige Rolle für die künftige wirtschaftliche Entwicklung der Anrainer spielen könnten.

China beansprucht seit Kaisers Zeiten mehr als 80 Prozent dieses Seegebiets für sich. Begründet werden diese Ansprüche vor allem mit historischen Argumenten.⁴ Genau wie im Streit mit Japan um die Inselgruppen im Ostchinesischen Meer sammeln die chinesische Regierung und von ihr beauftragte Experten historische Daten und Fakten, die immer nur eines belegen sollen: «Das Gebiet war schon immer chinesisch und das wird es auch immer bleiben.» Diese Haltung ist mit aktuellen völkerrechtlichen Grundsätzen und Übereinkommen, wie zum Beispiel der auch von China ratifizierten Internationalen Seerechtskonvention von 1982, schwerlich in Übereinstimmung zu bringen. Die Philippinen (oder Vietnam oder Malaysia) können genau wie Japan im Ostchinesischen Meer historische Fakten anführen, die belegen, dass die Inselgruppen irgendwann einmal ihnen gehörten, und so ihre Ansprüche «historisch» rechtfertigen. Zu einer Lösung des Konflikts hat das bisher nicht beigetragen. Sich in diesem Zusammenhang auf historische Rechte zu berufen ist weder überzeugend noch zielführend. Schweden könnte mit gleichem Recht die Ostsee oder Italien das Mittelmeer für sich beanspruchen, weil ihre Kaiser oder Könige irgendwann einmal auch über Gebiete jenseits dieser Meere herrschten.

China stützt seine Argumentation auf die sogenannte Neun-Punkte-Linie (*nine-dash-line*), eine Demarkationslinie, die auf einer von der damaligen Kuomintang-Regierung 1947 veröffentlichten Karte eingezeichnet ist. Sie grenzte die von China beanspruchten Gebiete im Südchinesischen Meer ein. Nach dieser Linie reicht chinesisches Hoheitsgebiet rund 2.000 Kilometer nach Süden in das Südchinesische Meer hinein bis kurz vor die Küsten der jeweiligen Anliegerstaaten. Die Volksrepublik hat diese Auffassung nach ihrer Gründung übernommen und beruft sich bis heute darauf.

Mit wachsender wirtschaftlicher und militärischer Stärke ist China offensiv dazu übergegangen, seine Ansprüche auf den umstrittenen Inselketten auch zu demonstrieren und zu materialisieren: Neue Inseln wurden aufgeschüttet und vorhandene erweitert, eine Start- und Landebahn gebaut, auf der auch große Militärtransporter landen können, Radarstationen errichtet und andere militärische Anlagen installiert. Dadurch sind nicht nur die Beziehungen zu den Anliegerstaaten belastet, sondern auch wertvolle Korallenriffe zerstört worden und irreparable Schäden an der maritimen Umwelt entstanden, die auch in dem Haager Schiedsurteil angemahnt werden. Außerdem beklagen die Philippinen, dass heimische Fischer daran gehindert werden, in ihren angestammten Fanggebieten zu fischen.⁵ Vor zwei Jahren hatte eine chinesische Firma unter dem Schutz der chinesischen Marine eine Bohrplattform in die umstrittenen Inselgebiete geschleppt und dort Probebohrungen durchgeführt, was zu wütenden Protesten bis hin zu gewalttätigen Übergriffen auf chinesische Bürger in Vietnam führte. Die chinesische Flotte hat die Anzahl ihrer Schiffe in der Region erhöht; die chinesischen Fischer erhalten politische und materielle Unterstützung. Auf hoher See und an den umstrittenen Inseln und Riffs kommt es immer

wieder zu kleineren Scharmützeln, etwa wenn chinesische Fischerboote versuchen, Fischer anderer Länder aus den Fanggebieten zu verdrängen oder wenn Schiffe der Küstenwache des einen Landes Fischer des anderen attackieren.

Insgesamt hatten die Philippinen 2013 dem Haager Schiedsgerichtshof 15 Fragen vorgelegt, darunter zwei zentrale Fragen, die die Richter in Den Haag jetzt beantwortet haben: a) Wie begründet sind die historischen Ansprüche, die China auf die Inselgruppen und damit auf das gesamte Seegebiet erhebt und b) inwiefern sind die umstrittenen Inselgruppen als Inseln im Sinne der internationalen Seerechtskonvention zu bewerten, die territoriale Rechte und damit auch eine exklusive Wirtschaftszone (EWZ) von 200 Seemeilen rechtfertigen.

In dem ungewöhnlich eindeutigen Urteil wird den philippinischen Klägern in 14 der 15 Klagepunkte Recht gegeben. So wird unter anderem festgestellt, dass es «keine rechtliche Grundlage» dafür gebe, dass China «historische Rechte» auf die umstrittenen Inselgruppen im Südchinesischen Meer geltend macht. Und weiter, dass das, was da aus dem Meer ragt und zum Teil erst in den letzten Jahren von chinesischen Arbeitern und Soldaten künstlich zu Inseln aufgeschüttet worden ist, keine Inseln im Sinne internationaler Seerechtsbestimmungen seien. Daher rechtfertigten diese auch keine Ansprüche und ausschließliche Wirtschaftszonen im Sinne des internationalen Seerechts. Zudem hält das Urteil fest, dass das Mischief-Riff, ein Teil der Spratly-Inseln, eine Niedrigwasser-Bodenerhebung ist und damit nach internationalem Seerecht zum Festlandsockel der Philippinen gehört. Außerdem wird festgestellt, dass China durch den Bau künstlicher Inseln, seiner Erkundung von Öl- und Gasvorkommen in dem Gebiet sowie durch sein hartes Vorgehen gegen philippinische Fischer die legitimen Rechte der Philippinen verletzt hat.⁶

Auch wenn der Schiedsgerichtshof keine Handhabe hat, um die Umsetzung des Urteils zu erzwingen, so könnte der Spruch dennoch Signalwirkung entfalten: Neben China erheben die anderen Länder, die an das Südchinesische Meer angrenzen, ihrerseits territoriale und wirtschaftliche Ansprüche. Diese richten sich wiederum hauptsächlich an China, überlappen sich zum Teil aber auch untereinander.⁷ China hat das in der Vergangenheit genutzt, um die Anrainer und die anderen südostasiatischen Staaten gegeneinander auszuspielen. Gemeinsame Stellungnahmen, die den chinesischen Interessen zuwiderlaufen, sind deshalb bislang nicht zustande gekommen – nicht auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs europäischer und asiatischer Staaten (ASEM) im Juli 2016 im mongolischen Ulan Bataar oder beim jüngsten Außenministertreffen der ASEAN-Länder mit China im laotischen Vientiane.

WARUM LEHNT CHINA DEN SCHIEDSSPRUCH AB?

Die Regierung in Peking reagierte schroff ablehnend, gereizt und nervös auf den Schiedsspruch aus Den Haag: Chinesische Politiker und die Presse wiederholen unablässig, dass der Spruch null und nichtig sei und China sich unter keinen Umständen daran halten werde. «Unsere Souveränität und maritimen Interessen im Südchinesischen Meer werden niemals und unter keinen Umständen von sogenannten Schiedssprüchen beeinflusst werden», sagte der chinesische Präsident Xi Jinping.⁸ Flankiert wird diese Haltung von einer massiven Medienkampagne mit täglichen, ausführlich-

Schiedsspruch zum Südchinesischen Meer Überlappende Gebietsansprüche



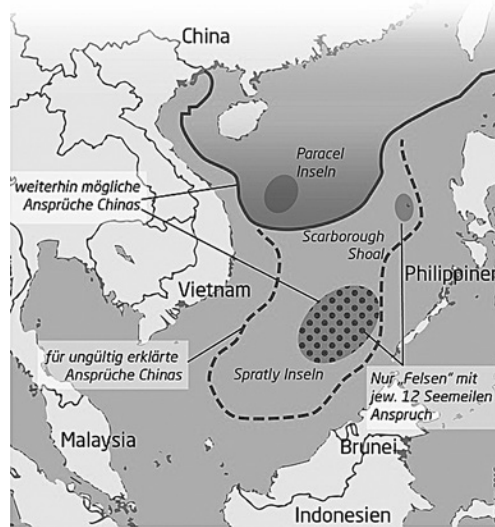
Quelle: Mercator Institute for China Studies (MERICS): China Update 14/2016, unter: www.merics.org/merics-analysen/wochenrueckblickchina-update/china-update-142016.html#c14350.

chen Berichten und Kommentaren auf allen Kanälen innerhalb und außerhalb Chinas.⁹

Am 13. Juli, unmittelbar nach Bekanntgabe des Urteils, veröffentlichte die chinesische Regierung ein Weißbuch, das die chinesischen Argumente darlegen und untermauern soll. Zusammengefasst heißt es darin, dass der ganze Streit eine innere Angelegenheit Chinas sei, die nicht in internationale Gremien gehört, sondern direkt mit den einzelnen Anrainern geklärt werden müsse. Weiter wird immer wieder darauf hingewiesen, dass China nicht auf seine souveränen Rechte im Südchinesischen Meer verzichten und «seine Inseln» weiter ausbauen werde. Zudem wird versucht, die Entscheidung als von außen beeinflusst darzustellen sowie die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit des Haager Tribunals infrage zu stellen. Der ehemalige chinesische Außenminister und jetzige Staatsrat Yang Jiechi beschuldigte in einem Interview Japan, den Haager Schiedsspruch zuungunsten Chinas durch die Auswahl der Richter herbeigeführt zu haben.¹⁰ Außerdem ist erkennbar, dass China mit allen Mitteln die anderen Anliegerstaaten (vor allem Vietnam) davon abhalten will, sich ebenfalls an das Schiedsgericht in Den Haag zu wenden. Daher spricht die Regierung in Peking dem internationalen Schiedsgerichtshof pauschal das Recht ab, sich überhaupt mit dem Inselstreit im Südchinesischen Meer zu befassen. Und das, obwohl China zu den Unterzeichnerstaaten der internationalen Seerechtskonvention gehört, auf die die Einrichtung der Schiedsstelle zurückgeht. Beobachter werten diese Haltung als indirekte Drohung, das internationale Seerechtsabkommen von 1982 zu verlassen, falls es weiter «gegen China» angewendet wird. Außerdem wird immer wieder darauf hingewiesen, dass China bereit und in der Lage ist, seine Rechte auch militärisch zu verteidigen, wenn notwendig. Als erster Schritt wurde eine Flugkontrollzone über den umstrittenen Inseln und Riffs ins Gespräch gebracht.¹¹ Flugzeuge, die die Region überfliegen, müssten sich dann beim chinesischen Militär anmelden und könnten, wenn sie dies nicht tun, angegriffen werden.

Man wird als Beobachter den Eindruck nicht los, dass die Führung in Peking vor allem über die Tatsache erbost ist, dass der «kleine Nachbar» Philippinen es überhaupt gewagt hat, den «großen Nachbarn» im Norden mit dem Gang nach Den Haag herauszufordern. Damit hat aus Sicht Pekings die Re-

Chinas Ansprüche laut Schiedsspruch



gierung in Manila offenbar vor allem den Anspruch Chinas infrage gestellt, regionale Ordnungsmacht in Ost- und Südostasien zu sein – ein zentrales Element der neuen außenpolitischen Strategie der Regierung Xi Jinping. Damit stellt Manila aber auch die historische Rolle und Mission Chinas infrage, die politisch, wirtschaftlich und kulturell dominierende Macht in der Region zu sein, eine Überzeugung, die im Zentrum des Selbstverständnisses der chinesischen Gesellschaft steht und jahrhundertlang durch den chinesischen Kaiser verkörpert wurde: Als «Stellvertreter des Himmels auf Erden» empfing er nur Besucher, die vor ihm den Kotau machten, das heißt, auf die Knie fielen und die Stirn auf den Boden legten. Wer das tat, der konnte mit der – durchaus großzügigen – Gunst und Unterstützung Chinas rechnen. Wer allerdings «auf Augenhöhe» mit dem Kaiser kommunizieren wollte und den Kotau verweigerte, den traf der Zorn des Himmelssohns. Das Verhalten Pekings im Streit um das Südchinesische Meer erinnert heute wieder an diese Praxis: Ein unbotmäßiger Nachbar im Süden widerspricht China, verweigert den Kotau in Peking und lehnt es ab, die Angelegenheit mit dem großen Nachbarn im Norden direkt zu regeln.

Vieles spricht auch dafür, dass der Konflikt im Südchinesischen Meer in Peking vor allem aus der geostrategischen Perspektive gesehen wird: Den Philippinen wird unterstellt, dass sie nicht von allein auf die Idee mit dem Schiedsgericht gekommen sind, sondern dass die USA dahinterstehen, die daran interessiert sind, verloren gegangene strategische Positionen in Ost- und Südostasien wiederzuerlangen. Und das will China auf jeden Fall verhindern. Bereits jetzt patrouilliert die amerikanische Marine auf Wunsch der Regierung in Manila wieder im Südchinesischen Meer. Die USA wollen ihren früheren Marinestützpunkt Subic Bay wiederbekommen, den sie nach dem Ende des Vietnamkrieges aufgeben mussten und der nicht weit von den umstrittenen Inseln entfernt liegt. Vietnam sucht dem Druck aus dem Norden durch die Annäherung an den ehemaligen Erzfeind auszuweichen. Das Verhältnis der anderen ASEAN-Staaten zu den USA ist ebenfalls wieder enger geworden. Erst kürzlich haben die Pazifik-Anliegerstaaten ein Freihandelsabkommen, das Trans-Pacific Partnership Agreement (TPP), abgeschlossen, bei dem China gern dabei gewesen wäre, aber ausgeschlossen blieb. In Verbindung mit der angekündigten Stationierung eines neuen amerikanischen Raketenabwehrsystems (THAAD) in Südkorea fürchtet die Regierung in Peking eine neue «Eindämmungsstrategie» der USA (*containment*) und einen neuen Kalten Krieg in Asien.

LÖSUNG ODER ESKALATION – PERSPEKTIVEN UND AUSBLICK FÜR DEN KONFLIKT

Die harsche Reaktion Chinas auf den Richterspruch von Den Haag spricht dafür, dass eine schnelle Beilegung des Kon-

flikts nicht zu erwarten ist. Gleichzeitig kündigte die chinesische Regierung an, den umstrittenen Inselausbau weiter voranzutreiben.¹² Die chinesische Presse berichtete über die geplante Ausdehnung des chinesischen Mobilfunknetzes bis auf die Paracel-Inseln, auf denen Anfang Juli erstmals chinesische Linienmaschinen landeten, und über den Aufbau einer Flotte von Kreuzfahrtschiffen für die Region um die chinesische Ferieninsel Hainan.¹³

Damit steht der Streit um das Südchinesische Meer exemplarisch für die Neuausrichtung der chinesischen Außenpolitik: An die Stelle der seit den 1980er Jahren gültigen Maxime, die maßgeblich vom Architekten der Reformpolitik Deng Xiaoping geprägt wurde und der zufolge Konflikte zur Seite und das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt werden sollen, ist eine proaktive Vertretung chinesischer Interessen getreten – gegebenenfalls auch mit Druck und unter Einsatz von Gewalt. Kennzeichneten bislang Unterstützung der Reformen und Entwicklung im Innern sowie Zurückhaltung in internationalen Krisensituationen Chinas Außenpolitik, so hat China unter der Regierung Xi Jinpings begonnen, die internationalen Beziehungen seinen geostrategischen und großmachtpolitischen Interessen unterzuordnen. Und dabei gilt wie für die Innen- auch für die Außenpolitik, dass im Zweifel immer das Recht (*rule by law*) dem Machterhalt geopfert wird, also der außenpolitische Machtanspruch über internationales Recht gestellt wird. Der damit verbundene Ansehens- und Vertrauensverlust wird im Glauben an die neue wirtschaftliche Stärke und an die neue internationale Rolle Chinas in Kauf genommen.

Denn die Veränderungen in der Wirtschaftspolitik sind nicht weniger gravierend: An die Stelle der seit den 1990er Jahren zu beobachtenden «stillen» wirtschaftlichen Expansion Chinas über seine Grenzen hinaus ist seit dem Amtsantritt Xi Jinpings eine offensive Expansion nach außen getreten. Seit Präsident Xi 2013 die sogenannte «One Belt, one road»- oder «Neue Seidenstraßen»-Initiative ausgerufen hat, verfolgt China eine bislang nicht gekannte, großangelegte und zentral koordinierte Wirtschaftsoffensive im Ausland. Mit Investitionen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit expandiert China in ganz Asien bis an den Bosphorus und bis hinein in die Europäische Union. China stellt Milliarden für neue, modernisierte Handelswege nach Mittel- und Südostasien, für den Ausbau der Infrastruktur und der Grundstoff- bzw. Zukunftsindustrien zur Verfügung und es verstärkt den Handel und Austausch mit den umworbenen Ländern. Großzügige Hilfspakete und Unterstützung werden angeboten und im Gegenzug dazu langfristige Kooperation mit Unternehmen in den beteiligten Ländern erwartet. Damit soll auch ein verringertes Wachstum im Innern kompensiert und chinesischer Einfluss gesichert werden.

Damit wird klar: Im Inselstreit im Südchinesischen Meer geht es um mehr als um Inseln oder Sandbänke – vielmehr geht es um geostrategische Positionen im globalen Wettbewerb zwischen den Großmächten USA und China. Wer in Zukunft das Südchinesische Meer kontrolliert, kontrolliert eine wichtige Welthandelsroute, kontrolliert strategische maritime Ressourcen und Rohstoffvorkommen. China will und wird die einmal besetzten Positionen nicht (wieder) aufgeben und wähnt sich stark genug, dem Rivalen USA an dieser Stelle offen die Stirn zu bieten.

Eine Woche nach dem Haager Urteilsspruch empfing die chinesische Marineführung einen amerikanischen Vier-Sterne-General. Sie führte den USA ihre neuesten militärischen

Errungenschaften vor und betonte, dass der Ausbau der Inseln im Südchinesischen Meer weitergehen werde. Gleichzeitig war zu lesen, dass China bereit sei, «Krisen durch Regeln und Mechanismen zu kontrollieren und zu managen»,¹⁴ was als Zeichen dafür gewertet werden darf, dass die Tür für Gespräche weiter offengehalten werden soll. China ist im September 2016 Gastgeber des diesjährigen G20-Gipfels und wird versuchen zu vermeiden, dort wegen des Konflikts im Südchinesischen Meer offen kritisiert zu werden. Auf der China-ASEAN-Konferenz in Vientiane in Laos Ende Juli 2016 nutzte China seinen Einfluss auf Kambodscha und Laos, um eine Erwähnung des Haager Schiedsspruches in den Dokumenten des Treffens zu verhindern. Die beiden Länder haben keine direkten eigenen Ansprüche oder Interessen im Südchinesischen Meer und sind politisch und wirtschaftlich eng mit China verbunden. So kam es auf dem Treffen in Vientiane zu einer gemeinsamen Erklärung, in der es heißt, dass beide Seiten Zurückhaltung bei Aktivitäten üben wollen, die «zu einer Verschärfung oder gar Eskalation von Konflikten führen sowie Frieden und Stabilität beeinflussen könnten». Auf einer Pressekonferenz beharrte der chinesische Außenminister Wang Yi darauf, dass diese Formulierung nicht gegen China gerichtet sei. Die chinesische Regierung pocht weiter darauf, dass die Probleme durch Gespräche und Konsultationen der direkt beteiligten Länder auf Basis der historischen Fakten und in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht gelöst werden müssen. Der Knackpunkt bleibt: Welche historischen Fakten welche Seite meint und auf welches Recht sich bezogen wird. Auf den Philippinen und in Vietnam wird man sich fragen, ob China auf dem Kotau der kleinen Nachbarn besteht oder internationales Recht anerkennt, wie es bei der UNO vereinbart und vom Schiedsgerichtshof in Den Haag präzisiert worden ist. Im Moment sieht es nicht danach aus.

Lutz Pohle ist seit 2008 Leiter des Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Peking, China.

¹ Vgl. Permanent Court of Arbitration (PCA), Case N° 2013-19: In the Matter of the South China Sea Arbitration, unter: <https://pca-cpa.org/wp-content/uploads/sites/175/2016/07/PH-CN-20160712-Award.pdf>. ² Vgl. auch: PCA, Pressemitteilung, 12.7.2016, unter: <https://pca-cpa.org/en/news/pca-press-release-the-south-china-sea-arbitration-the-republic-of-the-philippines-v-the-peoples-republic-of-china/>. ³ Vgl. Paul, Michael: Eine «Große Sandmauer» im Südchinesischen Meer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2016, S. 7. ⁴ Vgl. China Adheres to the Position of Settling Through Negotiations the Relevant Disputes Between China and the Philippines in the South China Sea, White Paper of the State Council Information Office of the PRC, in: China Daily, 14.7.2016. ⁵ Diese Vorfälle haben 2013 schließlich die philippinische Klage am Schiedsgerichtshof in Den Haag ausgelöst. Vgl. Pressemitteilung, The South China Sea Arbitration, The Hague, 12.7.2016, S. 3. ⁶ Vgl. Permanent Court of Arbitration (PCA), Case N° 2013-19: In the Matter of the South China Sea Arbitration, unter: <https://pca-cpa.org/wp-content/uploads/sites/175/2016/07/PH-CN-20160712-Award.pdf>. ⁷ Siehe auch die sehr interessante Multimedia Dokumentation der Zeitung *South China Morning Post*, Juli 2016, unter: <http://multimedia.scmp.com/2016/southChinaSea/index.html>. ⁸ China Daily, 13.7.2016, S. 1. ⁹ Siehe u. a. Zhong Sheng: Tribunal acted as agent of external powers (chin), in: Renmin Ribao (People's Daily), 13.7.2016, oder: Shen Dingli: Unlawful award only raises regional tensions, in: China Daily, 14.7.2016. ¹⁰ State Councilor's interview on the so-called award by the Arbitral Tribunal for South China Sea Arbitration, in: China Daily, 16./17.7.2016. ¹¹ Vgl. Air defense zone called option, in: China Daily, 14.7.2016. ¹² Vgl. China will «never halt» island work, in: China Daily, 19.7.2016. ¹³ Vgl. South China Sea to get SOE cruises, in: China Daily, 21.7.2016. ¹⁴ Vgl. China «will never» halt island work, in: China Daily, 19.7.2016.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 20/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Juli 2016

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling